

## Für

unsere Kinder mehr Rechte durch Gesetzesänderungen

## Von

Moral kann keine Rede sein. Sittenverfall bei den „Eliten“

## Mit

Engagement und Selbstbewusstsein die Kommunalwahlen vorbereiten

Seite 6

Seite 8

Seite 9

# DIE LINKE. AKTUELL

15. Jahrgang, 156. Ausgabe, März 2008

Kreisverband und Kreistagsfraktion Teltow-Fläming

## Der Sozialstaat als Sozialfall

Mit diesem Titel hatte der Kreisverband Teltow-Fläming zu einer Diskussionsrunde in das Kreishaus Luckenwalde eingeladen. Zu Beginn

oder Ausgrenzung auf Grund von Umständen, die er selbst nicht zu verantworten hatte, verletzte sein Gerechtigkeitsgefühl. Die soziale Herkunft

heißt auf Grundlage des gültigen Grundgesetzes ist ein „Demokratischer Sozialismus“ möglich. Neskovic bewies das an Hand einzelner Artikel des Grundgesetzes dar. Zum Beispiel steht im Artikel 14: „Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet.“, nicht jedoch in welcher Form. Weiter im Text heißt es dann: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Die Errungenschaften des Sozialstaates in der BRD waren immer als Gegenstück zur DDR-Politik angelegt. Nach deren Wegfall wird aufgrund der fehlenden Systemkonkurrenz der Sozialstaat durch die herrschende Politik mehr und mehr demontiert.



gab Kornelia Wehlan einen kleinen Einblick in die vielfältige parlamentarische Arbeit von Wolfgang Neskovic in der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

Anschließend stellte Wolfgang Neskovic seinen persönlichen Werdegang dar, u.a. warum er bei der SPD und später bei den Grünen das Mitgliedsbuch zurückgab. Dies sei kein Wankelmut gewesen. Die Koordinaten der Politik der jeweiligen Partei hatten sich verschoben, so dass für Wolfgang Neskovic eine Mitgliedschaft nicht mehr vertretbar war. Seine ganz privaten Erfahrungen als Schüler haben seinen späteren Berufsweg stark geprägt. Das Erlebnis von sozialer Benachteiligung

war schon in der „alten“ Bundesrepublik entscheidend für die berufliche Entwicklung. So gab es in seiner Gymnasialklasse außer ihm nur noch ein Arbeiterkind. Beeindruckt hat mich, dass ein Kulturereignis, der Film „Die zwölf Geschworenen“, ihn mit elf Jahren den Entschluss fassen ließ: Ich werde Rechtsanwalt.

Im Verlauf des Abends sprach er über seine Tätigkeit als Richter und über die Möglichkeiten, wie z.B. Entscheidungen am Sozialgericht gefällt werden können. Sein Hauptanliegen war es den Zuhörern deutlich zu machen, dass das Grundgesetz keine Wirtschaftsordnung vorschreibt. Das

Die verheerende Behauptung der Regierenden, zu ihrer Politik gebe es keine Alternative, widerlegt DIE LINKE jeden Tag mit ihren Vorschlägen für eine sozial gerechte Gesellschaft. W. Neskovic erinnerte hierbei an die Ewigkeitsklausel des Grundgesetzes, die den Sozialstaat unabänderlich fest schreibt. Er plädierte dafür, diesen Text wieder mit Leben zu füllen.

In der Diskussion mit den Zuhörern wurden viele Themen angesprochen. Die strikte Ablehnung von Kriegseinsätzen deutscher Soldaten war nur eines davon. Der Gast versicherte uns, dass DIE LINKE. im Bundestag Sprachrohr und Vertreterin ostdeutscher Interessen bleibt.

*Petra Haase, Jüterbog  
Matthias Loehr, Cottbus*

## Klausurtagung der Fraktion DIE LINKE.

Auch in diesem Jahr hatten sich die Mitglieder unserer Kreistagsfraktion zum Jahresbeginn zu einer Klausurtagung zusammengefunden. In dieser Diskussionsrunde wurde für das Jahr 2008 unser Arbeitsfeld in der Kreistagspolitik abgesteckt.

Am 28. September 2008 endet die Legislaturperiode und die Kommunalwahlen stehen vor der Tür. Unser Fraktionsvorsitzender, Jürgen Akuloff, zog eine erfolgreiche Bilanz unserer bisherigen Tätigkeit.

Wir waren in unserer politischen Arbeit auf der Grundlage unseres Wahlprogramms immer eine berechenbare Fraktion. Mit unseren Anträgen und Anfragen im Kreistag waren wir darüber hinaus die Fleißigsten. Jeder unserer Abgeordneten hat sich zu einem sachkundigen Ansprechpartner auf seinem Gebiet der Kommunalpolitik entwickelt.

Die Berechenbarkeit drückt sich auch darin aus, dass wir Linken nicht nur eine kontinuierliche Politik betreiben, sondern durchgehend, angefangen von der im Bund vertretenen Politik bis hin zur Kommunalpolitik, eine einheitliche Auffassung haben. In der politischen Darstellung der SPD und CDU werden sehr häufig - und immer häufiger - unterschiedliche Politikziele formuliert.

Je nach politischer Ebene wird dem Volk nach dem Munde geredet und dabei kommen diametral unterschiedliche Aussagen heraus. So tritt der Kreistagsfraktionsvorsitzende der CDU für kostenloses Schulesen für alle Schüler Jüterbogs ein und auf anderen Ebenen vertritt er genau das Gegenteil.

Im Wahljahr haben wir verabredet, auf der Grundlage des Leitbildes un-



seres Landesverbandes DIE LINKE „Für ein Brandenburg der Regionen“ unsere kontinuierliche Politik für alle Bereiche unseres Kreises fortzuführen. Die Unterschiedlichkeit in den Kreisregionen ist dabei besonders zu beachten.

Wir sind für die Erhaltung der Schulen im ländlichen Raum und den Ausbau der ganztägigen Gesamtschulen, die auch für jeden Schüler erreichbar sind. Dabei werden durch kleinere Klassenstärken auch Chancen für eine bessere Bildung eröffnet. Werden noch mehr Schulen geschlossen, haben Kinder einen immer längeren Schulweg. Die Schülerbeförderung

müssen die Eltern auch noch bezahlen.

Unser Kreis steht in der Ranking-Liste der Wirtschaftskraft in den neuen Bundesländern mit an vorderster Stelle.

Unabhängig davon, welchen Anteil der Kreis daran wirklich hat, ist es unstrittig, dass der Norden des Kreises ein sehr hohes Wirtschaftspotenzial hat. Demgegenüber schwächelt der Süden. Der Norden wiederum hat Probleme, mit seiner Infrastruktur dem Bevölkerungszuwachs nachzukommen. Insofern ist ein Ausruhen auf einer solchen differenzierten Gesamtbilanz sehr trügerisch.

Unsere Aufgabe in der Kommunalpolitik muss darin bestehen, dass alle Regionen unseres Kreises annähernd gleiche Lebensverhältnisse haben. Das entspricht einer umfassenden Daseinsvorsorge für alle Bürger unseres Kreises durch die Politik.

Die Fraktion wird den Kreisvorstand unserer Partei bei den anstehenden Kommunalwahlen unterstützen, ein sehr gutes Wahlergebnis zu erreichen und wieder eine schlagkräftige Fraktion zu bilden.

Fast alle Kreistagsabgeordneten haben ihre Bereitschaft erklärt, sich wieder zur Wahl zu stellen.

*Dr. Rudolf Haase, Luckenwalde*

## „Die Verteidigungspolitik der Volksrepublik China“

Zu diesem Thema hatte der Deutsch-Chinesische Freundschaftsverein e. V. Ludwigsfelde am 19. Januar 2008 in die Gaststätte an der Kegelbahn eingeladen. Vereinsmitglieder aus nah und fern waren gekommen. Aber auch viele Ludwigsfelder, die ganz persönliche Erlebnisse mit diesem großen Land verbinden, waren erschienen. Deshalb war zunächst Tische - und - Stühle - Rücken angesagt, um allen Interessierten Platz zu bieten.

Der Heeresattaché der Botschaft der VR China in der BRD, Oberst

Chuan Chen, machte uns zunächst mit den Gegebenheiten seines Heimatlandes bekannt.

Die Volksrepublik China hat 21 Nachbarstaaten, eine sehr lange Festlands- sowie 18 000 km Küstengrenze. Die Volksrepublik wird von Atom-mächten umgeben: z.B. Indien, Pakistan, Korea und den USA.

China beschreitet den Weg der friedlichen Entwicklung, was erneut auf dem 17. Parteitag der KP Chinas im Oktober 2007 bekräftigt worden ist. In der internationalen Berichterstattung

wird entweder übertrieben positiv oder übertrieben negativ über China informiert.

Fakt ist, dass China ein rasantes Wachstumstempo zu verzeichnen hat. Von 1978 bis 2006 ist das Brutto-Inlandsprodukt jährlich um 9,6 % gestiegen. Im Jahr 2007 betrug es sogar 11,4 %. Das Im- und Exportvolumen hat um mehr als 16 % zugenommen. Lag China 1978 international noch auf Platz 32 der Rangliste, hatte es 1997 bereits Platz 10 inne und im Jahre 2006

*Fortsetzung auf Seite 3*

*Fortsetzung von Seite 2*

den 3. Platz belegt. Trotzdem ist China kein wirtschaftlich starkes Land. Die Entwicklung ist aufgrund der Landesgröße, der unterschiedlichen Gebiete und der starken Gegensätze sehr unausgewogen. China ist eigentlich ein Entwicklungsland mit einer Überbevölkerung. 2006 lebten in China 1,3 Md. Menschen, 60 % davon auf dem Lande. Aufgrund der Flucht in die Städte müssten dort jährlich zwei Millionen neue Arbeitsplätze entstehen. Das ist nicht zu schaffen.

Nach Indien gibt es in China die meisten armen Menschen. Die Armutsbekämpfung stellt eine große Herausforderung dar. Die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer. Bis 1978 waren alle Chinesen gleich arm, jetzt gibt es schon einige Reiche. Die Schere zwischen Stadt und Land und zwischen Küste und Binnenland öffnet sich weiter. Das Bildungsniveau ist niedrig, die Zahl der Analphabeten groß. Sie beträgt etwa 113 Millionen. Das niedrige Bildungsniveau schadet der Entwicklung und hat negative Auswirkungen auf das Umweltbewusstsein. Der durchschnittliche Lebensstandard ist niedrig. China ist ein Land voller Kontraste.

China ist Atommacht. Über zwei Millionen Menschen stehen unter Waffen, sowohl Wehrpflichtige als auch Freiwillige. Die Wehrpflicht beträgt bei den Landstreitkräften ein Jahr, bei Luft- und Seestreitkräften drei Jahre.

Für die chinesische Sicherheits- und Außenpolitik gelten zwei Grundregeln:

- Friede und Harmonie

Nach Konfuzius muss man alles versuchen, damit die Probleme harmonisch gelöst werden können. Das erfordert Kompromissbereitschaft. Ohne Gewaltanwendung müssen Konflikte gelöst werden.

- Selbstständigkeit

Das Prinzip der Unabhängigkeit und Selbstständigkeit wird hoch geschätzt. China gibt Druck von außen nicht nach und geht kein Bündnis ein. China mischt sich nur ein, wenn ein UNO-Mandat vorliegt und wenn das betroffene Land es auch will. China hat eine neue Sicherheitskonzeption, die in Genf bei der Abrüstungskonferenz vorgestellt worden ist. Sie beinhaltet:

- gegenseitiges Vertrauen
- gegenseitigen Nutzen
- Gleichberechtigung
- Aufgabe ideologischer Vorurteile



*Der Vereinsvors., Dr. Gruschka, und Oberst Chuan Chen*

- Die Welt ist miteinander verbunden und voneinander abhängig – das ist die politische Grundlage für die Erhaltung des Friedens.

China geht davon aus, dass alle Länder gleichberechtigt sind und gleiches Recht auf die Wahrung des Friedens haben – ohne Ausnahme. Überall, wo die USA bisher waren und sind, fallen die Länder in ein Chaos.

Nach dem Manifest von Kairo gehört Taiwan zu China. Die Gründung der Volksrepublik am 01.10.1949 ist nur der Wechsel der Staatsform, nicht des Staates gewesen. Demzufolge ist die Taiwan-Frage eine innenpolitische Angelegenheit. Ziel ist die Wiedervereinigung nach der Devise „Ein Land – Zwei Systeme“. Danach soll Taiwan eine Sonderzone werden.

„Wenn China erwacht, erschüttert das die Welt. Der Aufstieg des Landes führt zu umwälzenden Veränderungen in der Welt.“ Das heutige Chi-

na ist ein einflussreiches Land. Es betrachtet sich aber nicht als Mittelpunkt, sondern nur als Mitglied der Weltgemeinschaft. China wird nie einen Weg der Machtpolitik gehen. Erinnert sei hier an Konfuzius: „Was du nicht willst, das man dir tu, das füg auch keinem anderen zu!“ China hat keinen Zoll fremden Bodens erobert. China stellt mehr Chancen für die Welt dar als eine Herausforderung.

Die wachsende Energienachfrage hat Auswirkungen auf die Weltwirtschaft. 94 % des Energiebedarfes kann China aus eigenen Ressourcen decken, denn China ist der drittgrößte Energieproduzent in der Welt. Der Erdölimport beträgt nur 5 bis 6%. China hat den Erdölverbrauch gesenkt. In der gleichen Zeit ist jedoch der Erdölpreis auf dem Weltmarkt um 40 % gestiegen.

China setzt sich das Ziel, den wirtschaftlichen Aufschwung durch Erhöhung der Energieeffizienz und Anwendung neuer Technologien zu erreichen.

Militärausgaben werden in China von einer Aufsichtsbehörde kontrolliert. 30 Mrd. \$ gab China auf militärischem Gebiet aus. Die Ausgaben in den USA betragen ein Vielfaches. Die Ausgaben pro Soldat betragen in China 13 000 \$, in den USA 300 000 \$.

Der Heeresattaché der Botschaft der VR China in der BRD, Oberst Chuan Chen, betonte noch einmal zum Schluss seiner Ausführungen:

„China ist ein Entwicklungsland, keine Welt- oder Großmacht. Das Land geht einen friedlichen Entwicklungsweg. Das innenpolitische Ziel ist der Aufbau einer harmonischen Gesellschaft. Nicht einseitiges Wirtschaftswachstum wird angestrebt, sondern eine ökonomische und ökologisch nachhaltige Entwicklung. Die Volksrepublik China ist somit ein verlässlicher Partner in der Weltgemeinschaft.“

*Brigitte Paul, Luckenwalde*

# TRANSPARENT LINKE POLITIK IM LANDTAG

## Die Landtagsabgeordnete Kornelia Wehlan zu aktuellen Themen:

### Schallende Ohrfeige für Landesregierung

Mit der Entscheidung des Bundesgerichtshofes zur unrechtmäßigen Aneignung von Bodenreformland durch die Landesregierung wird diese zumindest bei einem Teil des enteigneten Bodenreformlandes von ihrem harten und kompromisslosen Vorgehen gegen die Bodenreformbegünstigten wieder eingeholt.

Genauso hart und kompromisslos heißt es zum Handeln des Landes im Urteil: „... ist wegen Missbrauchs der verliehenen Vertretungsmacht sittenwidrig und nichtig ...“

Während viele Erben von Bodenreformland in einem bis zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) geführten Verfahren das Nachsehen hatten, können nun Erben von Begünstigten, die erst später über ihr Erbe Kenntnis erlangt haben und zuteilungsfähig sind, Hoffnung auf Übertragung oder Entschädigung haben. Hier hatte sich das Land offenbar einfach ohne ausreichende Prüfung als Besitzer in die Grundbücher eintragen lassen und später die Herausgabe verweigert.

Der vom Finanzministerium bezeichnete Umfang von mehr als 10.000 betroffenen Grundstücken ist so hoch, dass ein erheblicher Klärungsbedarf besteht. Deshalb hatte der Ausschuss für Haushalt und Finanzen eine Sondersitzung für den 12.02.2008 einberufen, um sich mit dem Urteil des BGH und den zu erwartenden Folgen auseinanderzusetzen.

Zur Vorbereitung hatten unsere Mitglieder des Finanzausschusses dem Ministerium der Finanzen einen Katalog mit folgenden Fragen übermittelt:

- Welche grundsätzliche Verfahrensweise wurde innerhalb der Landesregierung bei dem Umgang mit Bodenreformland vereinbart? Gab es

hierzu eine Abstimmung bzw. einen Beschluss des Kabinetts, und wenn ja, mit welchem Inhalt?

- Wie oft hat sich das Kabinett in den letzten Jahren mit dieser Thematik befasst?
- Gab es hinsichtlich dieser Verfahrensweise eine Abstimmung mit den anderen ostdeutschen Bundesländern?
- Welche Rechtsauffassung der Landesregierung lag dem Revisionsverfahren vor dem Bundesgerichtshof zugrunde?
- Welche Stelle war/ist für die Abwicklung dieser Verfahren innerhalb der Landesregierung zuständig?
- In wie vielen Fällen hat sich das Land als gesetzlicher Vertreter eines unbekanntem Eigentümers eines Grundstückes bestellen lassen?
- In wie vielen Fällen hat das Land danach eine Übertragung des Eigentums an sich selbst vollzogen?
- In welchen Landkreisen liegen diese Grundstücke?
- Welche Bemühungen hat das Land konkret vor der Übertragung unternommen, um Eigentümer bzw. Erben der Bodenreformgrundstücke ausfindig zu machen?
- Wie viele Eintragungersuchen seitens des Landes liegen den Grundbuchämtern des Landes Brandenburg noch vor?
- Wie viele weitere derartig oder ähnlich gelagerte Fälle sind der Landesregierung bekannt?
- Wie hoch beziffert die Landesregierung nach der jetzigen Erkenntnis den mutmaßlichen finanziellen Schaden für das Land Brandenburg?

Mit Befremden muss nun die Linksfraktion zur Kenntnis nehmen, dass die Landesregierung die Sondersitzung nicht genutzt hat, um in der Affäre um das Bodenreformland für Aufklärung zu sorgen.



Nach wie vor werden politische und fachliche Verantwortlichkeiten nicht benannt. Es bleibt unklar, welche Konsequenzen die Regierung aus der Affäre zieht. Viele der bisher bekannt gewordenen Tatsachen und Gerichtsverfahren belegen, dass die Landnahme nicht nur ein Fall aus den 90er Jahren ist, sondern letztlich bis in dieses Jahr reicht.

Zudem trägt diese Landesregierung die Verantwortung dafür, dass die rechtswidrige Praxis nicht gestoppt, sondern bis vor den Bundesgerichtshof verteidigt worden ist.

Die Linksfraktion fordert angesichts dieser Tatsachen die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. Er soll eine lückenlose Aufklärung der rechtswidrigen Aneignung von Bodenreformgrundstücken durch das Land Brandenburg ermöglichen und zeigen, wo welche politische Verantwortung dafür liegt.<

### Wahlkreisbüro

#### Kornelia Wehlan

Telefon u. Fax: 0 33 71 / 40 65 44

E-Mail-Adresse:

[BueroLukWehlan@aol.com](mailto:BueroLukWehlan@aol.com)



## Jüterboger Montagsdemonstranten geben nicht auf

Im Sommer des Jahres 2004 erschienen sie gemeinsam mit einigen Hunderttausend Menschen in der ganzen Bundesrepublik auf der politischen Bühne. Einem Flächenbrand gleich drohten sie eine Gefahr für das sozialdemokratische, unverdächtig harmlos „Agenda 2010“ genannte, in Wahrheit flächendeckende Verarmungs-Projekt zu werden.

Trotz heftiger Gegenwehr bürgerlich-neoliberal orientierter Kreise trugen die Montagsdemonstranten ihren Teil dazu bei, dass es in der parlamentarischen Landschaft der Bundesrepublik wieder eine Oppositionspartei gibt, welche diesen Namen auch verdient. Alleine das ist in meinen Augen schon ein großer Erfolg.

Die LINKE hatte von Anfang an immer wieder mit Recht die Hartz-Gesetze als das bezeichnet, was sie sind: „Armut per Gesetz!“. Zwar wurde die Hauptforderung der Demonstranten: „Hartz IV muss weg!“ nicht erfüllt, und bei vielen Menschen machte sich eine große Frustration breit. Jedoch ist nun, über drei Jahre später, festzustellen, dass den neoliberal inspirierten Eliten zunehmend die Legitimation abhanden kommt und ihnen ein stärker werdender Wind entgegenbläst.

Die Jüterboger Montagsdemonstranten hatten sich bundesweit durch ihre Aktionen einen Namen gemacht. Was nun? Zurück in die Anonymität der „schweigenden Mehrheit“ kam für

den harten Kern der Jüterboger Demonstranten nicht in Frage. Sie hatten eine unglaublich wertvolle Erfahrung gemacht. Nämlich, dass es nicht so ist, dass „die da oben machen können, was sie wollen“, auch wenn es auf den ersten Blick den Anschein hat.

Wir sind uns bewusst geworden, dass wir etwas bewegt haben „weil wir uns bewegt haben“. Wir sind Teil einer großen Bewegung geworden, die unter dem Namen „Soziale Bewegung Land Brandenburg“ (SBB) in Brandenburg und „Aktionsbündnis Sozialproteste“ (ABSP) bundesweit vernetzt agiert. Meckern kann jeder, doch die wahre Größe liegt in der Tat. Um unseren lokalen Zusammenhalt zu stärken, beschlossen wir, die „übriggebliebenen“ Montagsdemonstranten, die Gründung eines Vereins.

Der „Verein für soziale Selbstverteidigung e.V.“ oder VSSV e.V. hat nun alle rechtlichen Formalien erfüllt und somit den Status eines ins Vereinsregister eingetragenen gemeinnützigen Vereins. Seit dem 14. Januar 2008 gestaltet der Verein in den Räumen der Begegnungsstätte „Goldener Herbst“, Töpfergasse 1 in 14913 Jüterbog, regelmäßig jeden Montag von 18.00 Uhr bis 21.00 Uhr ein für alle interessierten Menschen offenes Treffen mit dem Titel: „Information und Beratung zur Selbsthilfe für sozial benachteiligte Menschen“. In zwangloser Atmosphäre wollen wir den genannten Perso-

nenkreis animieren, sich zu wehren und seine Rechte wahrzunehmen. Wobei der Schwerpunkt auf der Eigeninitiative liegt und nicht wie vielerorts als „Servicedienstleister“ beim „Anträge-Ausfüllen“ oder „Widersprüche-Schreiben“. „Hilfe zur Selbsthilfe“ oder zur „Selbstverteidigung“, wie wir es nennen. Kontakte zu anderen Initiativen in der ganzen Bundesrepublik sind uns sehr wichtig und werden von uns gepflegt und ausgebaut um gegenseitig voneinander zu lernen.

Zuletzt, liebe Leserinnen und Leser, noch ein Verweis auf das liebe Geld. Wir sind fast ausnahmslos alle Bezieher von Sozialleistungen.

Unser Verein hat derzeit 16 Mitglieder, welche im Jahr den Betrag von 192,- Euro an Mitgliedsbeiträgen zusammenbringen. Sie alle wissen, dass man damit nur sehr eingeschränkt handlungsfähig ist. Deshalb möchte ich an dieser Stelle auf unser Vereinskonto aufmerksam machen und Sie bitten, Ihre Herzen und Ihre Geldbeutel zu öffnen.

Unsere Kontodaten:

Inhaber:	VSSV e.V.
Kontonr.:	36 32 000 270
BLZ:	160 500 00
Bank:	MBS Potsdam

*Michael Maurer, Jüterbog*

## kommunalpolitisches forum 2008

In Vorbereitung der Kommunalwahlen 2008 hat das kommunalpolitische forum Land Brandenburg e.V. gemeinsam mit der Kommunal Akademie und dem Kommunikationspezialisten Thomas Görner ein Schulungsangebot erarbeitet.

Es richtet sich an alle KommunalpolitikerInnen, die sich für ihre Arbeit in den Städten, Gemeinden und Kreisen weiter qualifizieren wollen, aber auch an jene, die 2008 zum er-

sten Mal ein politisches Mandat anstreben wollen. Über die aktuellen Termine werden wir in unserer Zeitung informieren.

### 15. März 2008:

kf-Tag: „Kommunales Vergaberecht“  
Ort: Potsdam, Landtag, Raum 137

kf-Tag: „Öffentlicher Gesundheitsdienst- wie sichern wir die Grundversorgung im ländlichen Raum?“  
Ort: Potsdam, Landtag, Raum 601

Modul 1 der zweiten Schulungsrunde  
„Verfassungsrecht und Kommunalrecht im Land Brandenburg“

Ort: Potsdam-Herrnswerder, Tagungshaus BlauArt, Raum Linde, 10.00 - 15.30 Uhr

Weitere Informationen unter:  
[www.kf-land-brandenburg.de](http://www.kf-land-brandenburg.de) <



**Kommunalwahlen  
2008**

## Diana Golze hat das Wort



## Eine Bundestagsabgeordnete aus unserer Region

### Kinderschutz - durch Grundgesetzänderung

Ein Land mit Kindern ist ein Land mit Zukunft. In den letzten Wochen wurde in Deutschland viel über unsere Kinder und Jugendlichen gesprochen – nur leider nicht mit ihnen. Das muss sich ändern und manch anderes auch. Die Sorgen, Nöte und Ängste der Kinder sollten in das öffentliche Bewusstsein der Gesellschaft rücken. Aber auch die Rechte unserer Jüngsten müssen klar definiert und vor allem verankert werden. Das bedeutet für mich, Kinderrechte müssen in das Grundgesetz. Damit werden gesetzgeberische Entscheidungen zugunsten des Kindeswohls beeinflussbar.

Die deutsche Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel, machte Anfang Dezember 2007 den Schutz der Kinderrechte zur Chefsache in der Union. Wie wirkte sich das im praktischen politischen Handeln aus? Erst beschloss der Vorstand der CDU/CSU-Fraktion, einen fraktionsübergreifenden Antrag zur Aufnahme der Kinderrechte in das

Grundgesetz nicht mitzutragen. Dann weigerten sich die unionsgeführten Länder beim Kindergipfel von Bund und Ländern, die Kinderrechte ins Grundgesetz aufzunehmen. Ein Skandal! Das straft alle Behauptungen der Kanzlerin Lügen und zeigt mir, dass Deutschland noch weit davon entfernt ist, ein kinderfreundliches Land zu sein. Diese ablehnende Haltung der CDU/CSU-Fraktion ist für mich nicht hinnehmbar.

Kinder brauchen innerhalb unserer Gesellschaft einen höheren (rechtlichen) Stellenwert. Nicht ohne Grund hat deshalb die Kinderkommission alle Mitglieder des Deutschen Bundestages aufgefordert, sich an der Initiative zur Aufnahme der Kinderrechte in das Grundgesetz zu beteiligen.

Zahlreiche Abgeordnete haben einen ähnlichen gemeinsamen Aufruf von UNICEF Deutschland, dem Deutschen Kinderhilfswerk und dem Deutschen Kinderschutzbund mit ihrer Unterschrift unterstützt.

Wer Kinderschutz will, darf sich Kinderrechten nicht verweigern. Politiker, die eine Politik des Hinsehens fordern, werden unglaubwürdig, wenn sie notwendige Schritte nicht unternehmen.

Die Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz wäre ein erster solcher Schritt. Er ist wichtig, damit Staat und Gesellschaft das Wohl der Kinder in den Mittelpunkt stellen, damit Kinder als eigenständige Persönlichkeiten anerkannt und die Förderung sowie der Schutz für Kinder verbessert werden

und damit Kinder gehört und beteiligt werden, wenn es um ihre Belange geht.

Kinderschutz braucht aber mehr als nur die Verankerung im Grundgesetz. Ein zuverlässiger Kinderschutz erfordert eine Reihe von Aktivitäten. Hierbei kann die Vorsorgeuntersuchung nur ein Teil eines Programms sein. DIE LINKE fordert schon lange Netzwerkstrukturen, die da ansetzen, wo Kinder und ihre Familien sind. Nur eine effektive Zusammenarbeit von flächendeckenden Kinderbetreuungsangeboten, Jugendämtern, Vereinen und Verbänden als Träger der freien Jugendhilfe, von Beratungsangeboten, Kinderärzten und Hebammen kann für betroffene Kinder und deren Familien die nötige Hilfe und Unterstützung bieten.

Aber, und das wurde einmal mehr bei den Diskussionen vergessen, die Länder und Kommunen brauchen Unterstützung von Bund und Ländern, um das notwendige Netz beratender und vorsorgender Jugendhilfe enger zu knüpfen. Bisher wurden sie allein gelassen. Hier sehe ich die vornehmliche Aufgabe des Staates, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für ein gesundes Aufwachsen von Kindern zu gewährleisten. Deshalb müssen Kommunen finanziell in die Lage versetzt werden, die dafür notwendigen Netzwerke aufzubauen. Dazu gehören personell gut ausgestattete Jugendämter mit qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ebenso wie Kitas für alle Kinder und offene Freizeitangebote. <

### Schon gewusst?

- Rügens Kreideküste bröckelt weiter. An zwei Stellen sind rund 25000 Kubikmeter Steilküste ins Meer gerutscht. Ursache hierfür ist der niederschlagreiche Sommer.
- Der Höhenflug von Inka Bause, Moderatorin beim MDR, geht weiter.

Sie soll die Frau im MDR- Flaggschiff „Riverboat“ werden.

- Rekord für Dessous-Hersteller „Bruno Banani“ in Chemnitz. Der Umsatz stieg 2007 um 17,3% auf 64,5 Millionen Euro. Ost-Power!
- Nach Informationen des statistischen Bundesamtes lebten im Jahr 2007 fast 100.000 Menschen weniger in Ostdeutschland als noch 2006. Wenn

keine Politikänderung erfolgt, Tendenz steigend.

- Das Sturmtief „Kyrill“ hat allein in Thüringen einen Waldschaden von 118 Millionen Euro verursacht.
- Eine Studie der Stiftung Warentest hat ergeben, dass 38% der ICE-, IC- und EC-Züge der Deutschen Bahn Verspätungen haben. Aber die Preise steigen stetig an. <

## Gegen Sozialraub und Kriegspolitik!

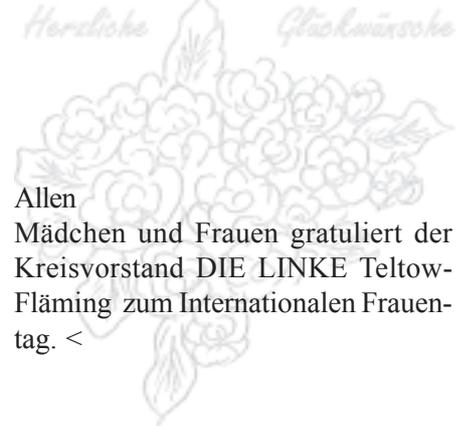
Mit der Sozialen Bewegung Land Brandenburg (SBB) und der Friedenskoordination Potsdam (Friko) findet am 29. März 2008 in Potsdam die 3. gemeinsame Brandenburger Demonstration der SBB und der 7. Potsdamer Ostermarsch gegen Kriegseinsätze der Bundeswehr statt. Beginn ist um 14.00 Uhr am Luisenplatz, (Brandenburger Tor Potsdam). Die Demo führt durch die Potsdamer Innenstadt und endet mit der Abschlusskundgebung am Platz der Einheit.

- Gegen Hartz IV und Agenda 2010
- Schluss mit Ungerechtigkeit und Verletzung der Menschenwürde!
- Gegen Rüstungswahn und Kriegseinsätze der Bundeswehr

Als Hauptredner haben Tobias Pflüger, Mitglied des Europaparlaments, und Dr. Dagmar Enkelmann, MdB, sowie Prof. Dr. P. Grottian, FU Berlin, Sozialforum Berlin, zugesagt. Außerdem sprechen Vertreter der SBB, der Friko und weiterer Verbände. <

## Gruß zum Frauentag

„Politik ist eine viel zu ernste Sache, als dass man sie allein den Männern überlassen könnte.“



Allen Mädchen und Frauen gratuliert der Kreisvorstand DIE LINKE Teltow-Fläming zum Internationalen Frauentag. <

## Einer von UNS

### Marianne Richter im Gespräch mit: Andreas Ziege



**Marianne:** *Andreas, Du bist ein aktiver Mensch, beruflich äußerst eingespannt und außerdem gesellschaftlich sehr rege.*

**Andreas:** Ja, ich beliebere Forschungsinstitute, Hoch- und Fachschulen mit Laborbedarf und Labortechnik. Wer in der heutigen Zeit selbstständig ist weiß, dass das vom Arbeitspensum her selbst und ständig bedeutet. Mein Arbeitstag hat meistens zehn bis zwölf Stunden. Trotzdem ist es mir wichtig, mich auch in meiner knappen Freizeit aktiv in das gesellschaftliche Leben einzubringen.

Ich bin Mitglied im Vorstand des Tierparkfördervereins. Dabei geht es insbesondere um die Erhaltung sowie den Ausbau einer wichtigen Einrichtung für die Freizeitgestaltung der Liebhaber solcher Parks.

Besonders Kinder zeigen großes Interesse. Viele Eltern können ihren Kindern den Besuch von Tierparks außerhalb von Luckenwalde aus finanziellen Gründen nicht mehr bieten.

Ich engagiere mich auch als Mitglied in der „Pro Mellensee – AG ‚See‘“. Hauptsächlich geht es dabei um die Qualität des Mellensees als Badegewässer und um die Entwicklung eines naturnahen Tourismus in unserer Region.

**Marianne:** *Du kommst mit vielen Menschen zusammen und führst sicher viele Gespräche. Worum geht es dabei?*

**Andreas:** Wenn ich mit Bürgern der alten Bundesländer zusammentreffe, stelle ich oft fest, dass die Lebensleistungen Ostdeutscher nicht richtig erkannt werden.

Diese Einstellung zu korrigieren, sehe ich als eine meiner Aufgaben an. Bei Gesprächen mit Ostdeutschen will ich die Menschen bestärken, sich ihre

Identität zu erhalten. Außerdem motiviere ich Hilfsbedürftige, sich ihnen zustehende Leistungen zu erkämpfen. Oft leiste ich in diesem Zusammenhang konkrete Hilfe.

**Marianne:** *Tust Du auch etwas zur Erhaltung Deiner eigenen Leistungsfähigkeit?*

**Andreas:** Ich bin unter anderem aktiv im Luckenwalder Tennisclub e. V. Als stellvertretender Vorsitzender gibt es natürlich viele organisatorische Verpflichtungen.

**Marianne:** *In diesem Jahr finden Kommunalwahlen statt. Was erwartest Du?*

**Andreas:** Ich erwarte, dass die gewählten Kreis-, Stadt- bzw. Gemeindevertretungen über Parteigrenzen hinweg Sachfragen in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellen. Ich erwarte weiterhin, dass die positive Entwicklung von Luckenwalde weitergeführt wird und natürlich, dass DIE LINKE ein gutes Ergebnis erzielt.

*Danke für das Gespräch!*

## Notizen aus dem Karl-Liebknecht-Haus

### aus erster Hand von Maritta Böttcher

Der Fall Zumwinkel ist die Spitze des Eisbergs, die Kette des Sittenverfalls in der Republik ist endlos. Im Blickfeld sind fast ausschließlich die ganz oben: Manager, Millionäre, Milliardäre. Nach horrenden Abfindungen im Mannesmann-Deal, Korruption im gesamten Siemens-Konzern, diversen Insidergeschäften sind nun Hunderte Verdächtige, vor allem gut Betuchte, im Visier der Steuerfahnder.

Zwei Drittel der Menschen glauben, dass es nicht mehr gerecht zugeht im Lande. Wenn Manager heute das 200-Fache eines Arbeiters verdienen, wenn der Kontrast zwischen Champagnerpartys und Suppenküchen immer gravierender wird, muss im Staate etwas grundlegend geändert werden.

Nun haben auch CDU und SPD das Thema „überhöhte Managergehälter“ für sich entdeckt. Noch vor wenigen Tagen hatten beide im Bundestag einen entsprechenden Antrag der LINKEN in namentlicher Abstimmung abgelehnt und eine Begrenzung der Managergehälter in Bausch und Bogen verdammt.

Jetzt fordert Arbeitsminister Scholz die Kanzlerin auf, ihren Worten vom CDU-Parteitag Taten folgen zu lassen und Managergehälter zu begrenzen. Er tut dies, obwohl er genau weiß, dass Angela Merks Parteitagsgerede einfach nur unglaubwürdig und bewusste Wählertäuschung war.

Auch die SPD bleibt beim Umgang mit überhöhten Managergehältern unglaubwürdig. Seit Jahren beanstandet der Bundesrechnungshof, dass der laxer Steuervollzug in Deutschland den Gleichheitsgrundsatz verletzt.

Die aktuellen Razzien zielen auf die Fernsehzuschauer, nicht auf die Steueründer. Wer Steueründer erwischen will, kündigt geplante Razzien vorher nicht groß und breit an. Hier ging es offensichtlich darum, sich perfekt mit den Medien abzustimmen.

Das Schurkenstück Zumwinkel ist eine peinliche Inszenierung von vorgeblicher sozialer Gerechtigkeit. Die Bochumer Staatsanwaltschaft gab für die DAX-Vorstände bereits Entwarnung: Weitere Vorstandsmitglieder seien nicht betroffen. Das war fahrlässig. Die Empfehlung der Bundesregierung, sich durch Selbstanzeige zu retten, grenzt schon an Komplizenschaft. In den letzten Jahren ist Steuerehrlichkeit gerade der Reichen und Vermögenden nicht etwa durch vermehrte Prüfungen



gen durch die Finanzämter eingefordert worden. Die Bundesregierungen senkten vielmehr die Steuersätze für Spitzenverdiener in der Hoffnung, dass diese dann freiwillig mehr zahlen. Dieser Kurs ist gescheitert. Die Empörung und Wut der Bürgerinnen und Bürger über den jüngsten Steuerkandal ist deshalb mehr als gerechtfertigt. Wem seine Steuerschuld schon beim Lohn ohne Wenn und Aber abgezogen wird, kann über die staatlich sanktionierte Raffgier von Managern und Millionären nur den Kopf schüteln.

Die andere Seite: Die Bild-Zeitung titelte gerade erst: „Wer arbeitet ist der Dumme!“ und „Zu viele Arbeitslose drücken sich vor der Arbeit“. Bild versucht, Arbeitnehmer gegen Arbeitslose aufzuhetzen. Das ist unerträglich. Nicht die Arbeitslosen sind daran



schuld, wenn Unternehmen Hungerlöhne zahlen. Die wirklich Schuldigen sind doch gierige Firmen wie die PIN AG, deren Profite von Niedriglöhnen abhängen. Wir brauchen einen Mindestlohn. Der hilft Arbeitnehmern und Arbeitslosen gleichermaßen.

Aus einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung geht hervor: Ein-Euro-Jobs sind als Arbeitsmarktinstrument gescheitert.

Alle wissen, dass die Ein-Euro-Jobs völlig untauglich sind. Sie helfen den Betroffenen nicht und verdrängen reguläre Jobs. Wir machen Druck für ordentlich bezahlte öffentlich geförderte Beschäftigung. Das ist langfristig sogar billiger als Hartz IV. Menschen kommen in Arbeit und haben ein Einkommen. Die Sozialkassen können sich über neue Beitragszahler freuen. Wenn es um Erwerbslose geht, ist die SPD noch ganz dem Geiste von Hartz IV verpflichtet.

Die aktuell herrschende Sozialpolitik kennt nämlich nur Untertanen und Erwerbslose, die es mit Schikanen zu „erziehen“ gilt. Dem zugrunde liegt die Einstellung, nur wer ein arbeitsames Wesen sei, dürfe ungeschmälert Bürgerrechte genießen.

Doch dies ist mit dem Prinzip der Demokratie auf keinen Fall vereinbar. Immer vor Wahlen reden alle über soziale Gerechtigkeit. Aber wenn es im Parlament ernst wird, kneifen die Abgeordneten von Union, FDP, SPD und Grünen. Da merken die Bürgerinnen und Bürger schnell: Die meinen es nicht ernst. Wir sind das schlechte Gewissen der Sozialabbau-Parteien. Ohne uns hätte es auch die bescheidenen Korrekturen nicht gegeben. <

## Rechtzeitig Kommunalwahlen vorbereiten

Am 28. September 2008 haben wir Kommunalwahlen. Wir müssen Rechenschaft ablegen, was unsere Fraktion in der Gemeindevertretung geleistet hat. Was wurde erreicht und was nicht? Unser neues Wahlprogramm kann nur dann realistisch sein, wenn eine sachliche Einschätzung vorgenommen wird und die Gedanken vieler Menschen einfließen.

Gespräche mit unseren Genossen der Fraktion, den berufenen Bürgern in den Ausschüssen und Parteilos sind deshalb von besonderer Bedeutung.

Wir führten deshalb eine Beratung mit unseren Fraktionsmitgliedern und anderen Genossen durch. Unter anderem war auch die Ortsbürgermeisterin von Dahlewitz (parteilos) anwesend.

Eine rege Diskussion zur aktuellen Wahlperiode zeigte uns, wo wir stehen. Viele Gedanken für das neue Wahlprogramm wurden geäußert. Mit der Bildung des Gemeindeverbandes Blankenfelde-Mahlow ist eine neue Situation eingetreten. Die Situation ist nicht leichter geworden. Wir müssen lernen, über die Ortsgrenzen hinaus Aufgaben zu lösen. In Vorbereitung der Kommunalwahlen, aber nicht nur dazu, ist es wichtig, mit parteilosen Bürge-

rinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen und ihre Meinungen zu hören. Dazu hatten wir am 16. Februar zu einem Frühschoppen eingeladen. Neunzehn parteilose Gäste waren erschienen.

Unser Genosse Klaus Heise schuf durch seine einleitenden Worte eine gute Gesprächsgrundlage. Er sprach unter anderem über die Rolle der LINKEN für die sozial Schwachen, über die zunehmende Spaltung der Gesellschaft (steigende Gewinne der Konzerne und Banken - sinkende Einkommen für die Masse der Menschen), über die Notwendigkeit des Kampfes um den Mindestlohn, gegen Hartz-IV usw.. Thema war auch die konsequente Friedenspolitik der LINKEN. Obwohl 80% der Bevölkerung gegen den Einsatz von deutschen Bundeswehrsoldaten im Ausland sind, wird diese Meinung von den Regierenden völlig missachtet. Thema waren auch die Wahlerfolge der LINKEN in Westdeutschland. In der Diskussion darüber standen zwei Berichte im Vordergrund. Erstens die Einschätzung zu den Äußerungen des DKP-Mitgliedes und Mitglied der neugewählten Landtagsfraktion der LINKEN in Niedersachsen. Hier gab es auch unterschiedliche Auffassungen, z.B. zur Rolle der

Geheimdienste. Weitestgehend einig war man sich, dass die Abgeordnete taktisch unklug aufgetreten ist und sie damit Wasser auf die Mühlen der Gegner der LINKEN gegossen hat.

Kommunalpolitik nahm auch einen besonderen Platz ein. Kritisch wurde gesagt, dass DIE LINKE nicht eindeutig Stellung bezieht. Auch im Leitbild von Blankenfelde-Mahlow finden wir nichts über die Veränderungen für das Leben der Menschen (positiv und negativ), die durch den Flughafenbau hervorgerufen werden. Natürlich interessierten auch Fragen über die Bau-tätigkeit der nächsten Jahre (Tunnel am Bahnübergang, neues Rathaus, Parkhaus, Seniorenheim).

Roland Scharp konnte einiges dazu sagen. Deutlich wurde, dass die Fraktion der LINKEN in unserer Gemeinde eine wichtige Rolle spielt, dass sie ihre Aufgaben sehr ernst nimmt.

Wir hoffen, dass die Zusammenkunft dazu beigetragen hat, das Interesse an der Arbeit der LINKEN zu erhöhen und die Bereitschaft zur Teilnahme an der Lösung wichtiger Fragen zu steigern. Wir legen großen Wert auf die Meinung von Bürgern, auch wenn sie nicht Mitglied der LINKEN sind.

*Helga Mostowy, Blankenfelde*

### NACHRUF

Bei Karl Marx kann man lesen: Der Tod ist kein Unglück für den, der stirbt, sondern für den, der überlebt.

Unser Genosse

#### **Lothar Schreiber**

ist verstorben.

Erst die SED, dann die PDS und DIE LINKE war seit vielen Jahren der Lebensmittelpunkt von Lothar.

Er hat über Jahre persönlich und politisch die Arbeit der Jüterboger LINKEN geprägt. Als es nicht mehr zu verbergen war, dass es ihm nicht mehr gut ging, tat Lothar das, was noch ging: Er schrieb.

Er machte schon als junger Mensch diesbezüglich seinem Namen alle Ehre. Er schrieb mehrere Bücher.

Die Leserbriefseite der MAZ kannte seinen Namen, und seine spitze Feder brachte so manchen politischen Konkurrenten auf die Palme.

Unsere Kreiszeitung DIE LINKE. Aktuell ist ohne seine Artikel schwer denkbar. Die Spottdrossel für die Februar-Ausgabe hat er noch geschrieben. Lothar hat uns wichtige Erfahrungen und Erkenntnisse für unseren weiteren Lebensweg hinterlassen. Nicht gleichgültig sein, wenn Unrecht geschieht.

Nicht wegsehen, wenn Menschen in Not sind, sondern helfen.

Bewusst seinen Lebensweg gehen und sich nicht von den Umständen beherrschen lassen.

Freundlich, verständnisvoll und mit menschlicher Wärme anderen gegenüber.

Seine Leidenschaft, sein Engagement, seine Herzlichkeit, sein Lachen werden uns fehlen. Für immer.

Wir werden seiner stets in Dankbarkeit gedenken:

**Einfach, weil er ein aufrechter und guter Mensch war!**

*Maritta Böttcher,  
Kreisverband Teltow-Fläming*

## Die lieben Nachbarn...

Wer einmal herzhaft lachen möchte, greife zu den Humoresken von Lutz-Rüdiger Schöning, die 2007 unter dem Titel „Zum Beispiel Bommelmann“ erschienen sind.

Der Autor ist mir bei einer Veranstaltung im Landesvorstand unserer Partei aufgefallen, und zwar sehr positiv, weil sein Diskussionsbeitrag herzerfrischend lustig war.

Vor allem bewunderte ich die treffsichere Wortwahl, die Fähigkeit, ernste Dinge mit hintergründigem Humor auszusprechen.

Vieles, was uns im täglichen Leben ärgert, ärgert auch Bommelmann: Praxisgebühr, lange Fristen bei Steuer-rückzahlungen, aber sofortiger Einzug an Geldern, die der Bürger entrichten muss, der manchmal unverständliche Slang von Jugendlichen, undurchsichtige Versprechungen in Werbeprospekten, rücksichtsloses Verhalten von Nachbarn und, und, und. Schöning findet seine Geschichten vor der Haus-

tür. Sie behandeln kleine Ereignisse, die täglich vorkommen.

Beim Lesen musste ich manchmal laut auflachen über seine treffsicheren Charakteristiken: „Der Regierende Hosenanzug schreitet die Ehren-



formation aller Länder ab. Mit ausladenden Hüften und kurzen, schnellen Schritten. Eine Nachbarin hat ‚Inge-Meyssel-Plissee, im Gesicht ‚ein Nachbar ‚friedhofsblondes Haupthaar,“.

Sehr schmackhaft scheinen die Gerichte zu sein, die Bommelmann kocht, vorausgesetzt, man mag Speck und Knoblauch. Natürlich hat er bei dieser nahrhaften Kost Probleme mit seinem

Bauchumfang, tröstet sich aber mit dem Satz, dass von einem guten Menschen gar nicht genug da sein könnte.

Seine Skat spielende Stammtischrunde heißt „Zum letzten Stich“. Wer es etwas deftig liebt, dem empfehle ich die Humoreske „Nachbar Bommelmann“:

„Der Nachbar ist zwar schon längst jenseits von Gut und Böse, aber es hat schon öfter im Gebirge geherbstelt, und im Tal war es noch grün.“

Lutz-Rüdiger Schöning ist Mitglied unserer Partei, Vorsitzender des Literaturkollegiums Brandenburg e.V., und engagiert sich in Vereinen mit sozialem Anliegen. Er lebt in Glindow.

Ich wünsche ihm noch viele Jahre in bester Gesundheit und weitere Veröffentlichungen mit diesem unverwechselbaren Humor, denn: „...ohne politische Witze ist die Situation verdammt ernst.“

*Renate Klettke*

## Das Dschungel-Camp: Menschausstellung mit irrer Quote

Früher fuhren vergitterte Wagen auf dem Marktplatz auf, um dem staunenden deutschen Bürger mal so richtige, echte Neger vorzuführen.

Heute nimmt man schon einmal Einheimische und dreht den Spieß um: Man schickt sie in den Dschungel zu den Ratten, Kakerlaken, Spinnen, stinkender Sotte und Känguruhhoden. Damit wir zu Hause was zu gaffen haben.

Über die Verwertungskette Ekel-szene-Quotenhoch und Werbeschalt-erträge buhlt RTL (wieder einmal) erfolgreich um die alles entscheidende Humanressource „Aufmerksamkeit“ – und gewinnt. Es gibt Leute, deren Begeisterung keine Grenzen kennt, die sich den Wecker stellen, um keine Sendung zu verpassen; sie gehen in die Millionen. Es gibt Leute, die finden das

als das Letzte und klagen über die Verkommenheit der Privaten. Die aber kontern, dass alle Kandidaten freiwillig einrücken, sogar vorher eine Konditionierung erfahren, indem ihnen sämtliche Sendungen der zwei Vorgängerstaffeln gezeigt werden.

Die Provokation des Senders geht auf, jeder spricht darüber.

Doch keiner nennt das Spektakel das, was es ist : **die Verlängerung der turbokapitalistischen Entwürdigung des Menschen bis in den unterhaltsamen Feierabend hinein.**

Die gnadenlosen Gesetze der puren Marktlogik erobern die prime time und unsere Fernsehcouch.

Das nicht ganz so bravouröse Individuum wird zwecks Einschalt-Ausbeutung mit all seinen Blößen und Schwächen vorgeführt. Wieder mal obsiegt

die Behauptung, dass in dieser der freiesten aller denkbaren Welten jeder noch immer wieder seine Chance bekommt.

Es ist ganz wie im richtigen Leben. Nur dort heißen tagsüber die Ekel, die uns zugemutet werden und das Menschsein entwerten, Koalitionspolitik, Niedriglohn, Ein-Euro-Jobber, Nokia-Flucht, Gammelfleisch, Altersarmut.

Würde einem das Lachen über z.B. alternde Fußballidole im Halse stecken bleiben, wenn man es so sähe?

Die Privaten haben nämlich eine wichtige Funktion in unserer Gesellschaft! Deswegen wird ihr Dschungelcamp-, Superstar-, Bauer sucht..., Super-Nanny und sonst was für Schrott so vehement verteidigt.

*Dr. Frank Schubert, Potsdam*

## Neue Kraft für Brandenburg

Am 26./27. Januar 2008 führte der Landesverband DIE LINKE Brandenburg seinen 1. Parteitag in Blossin durch. Inhaltlicher Schwerpunkt war die abschließende Diskussion des Leit-



bildes „Für ein Brandenburg der Regionen“. Unter den 180 Delegierten waren aus Teltow-Fläming Kornelia Wehlan, Manfred Thier, Stefanie Scharp, Ralph Krech, Dirk Hohlfeld, Maritta Böttcher und Tina Senst vertreten. Bei der Wahl des neuen Landesvorstandes wurde Thomas Nord mit 86,25% im Amt bestätigt.

Neben den Wahlen und den verschiedenen Beschlussfassungen sorgte unter anderem der Vorsitzende der Bundestagsfraktion, Gregor Gysi, als Gastredner für ein politisch hoch interessantes Wochenende.

Die gefassten Beschlüsse zum „Leitantrag“, „Volksbegehren für ein Sozialticket“, „Energiewechsel“, „Kommunalpolitik stärken“, „Antrag zur Änderung der Bundessatzung“, „Keine Sozialgerichtsgebühren“ können in den Geschäftstellen eingesehen werden.

Die Vorsitzende der Landtagsfraktion, Kerstin Kaiser, bestätigte ihre Spitzenkandidatur der Brandenburger LINKEN: „Ja, es wäre für mich eine große Herausforderung, 2009 LINKE-Spitzenkandidatin zu sein! Ich bin dazu bereit, sie anzunehmen. Für Brandenburg – das lohnt! Und mit euch – dann gelingt es!“

*Tina Senst, Luckenwalde*



## Glückwünsche

Edgar Creutzburg in Ludwigsfelde zum 77. Geburtstag am 11.03.  
 Günter Thiel in Malterhausen zum 74. Geburtstag am 11.03.  
 Gerhard Buchmann in Ludwigsfelde zum 82. Geburtstag am 14.03.  
 Gerhard Bieneck in Trebbin zum 84. Geburtstag am 20.03.  
 Marlis Nimz in Ludwigsfelde zum 76. Geburtstag am 16.03.  
 Erich Drengner in Markendorf zum 87. Geburtstag am 22.03.  
 Wolfgang Hippauf in Jüterbog zum 73. Geburtstag am 22.03.  
 Harry Mehlfeld in Mahlow zum 72. Geburtstag am 23.03.  
 Ursula Borrmann in Mahlow zum 86. Geburtstag am 28.03.  
 Werner Stahn in Sperenberg zum 81. Geburtstag am 29.03.  
 Jutta Günther in Ludwigsfelde zum 79. Geburtstag am 29.03.  
 Erwin Hoberg in Werder zum 74. Geburtstag am 29.03.  
 Gerhard Weisigk in Luckenwalde zum 94. Geburtstag am 01.04.  
 Ilse Bark in Beelitz-Heilstätten zum 93. Geburtstag am 04.04.  
 Irene Schinkel in Jüterbog zum 81. Geburtstag am 05.04.  
 Roswitha Ziebarth in Jüterbog zum 81. Geburtstag am 10.04.  
 Herrmann Steffen in Blankenfelde zum 77. Geburtstag am 10.04.

## Herzliche Glückwünsche

*senden die Basisorganisationen und  
 Vorstände den Jubilaren, die einen runden Geburtstag begehen:*

**Christa Peter** in Luckenwalde zum **60.** Geburtstag am 11.03.  
**Rolf Sahrmüller** in Großbeeren zum **70.** Geburtstag am 22.03.  
**Rudolf Weide** in Jüterbog zum **80.** Geburtstag am 26.03.  
**Dirk Schröder** in Rangsdorf zum **40.** Geburtstag am 08.04.



### Eine kleine Auswahl politischer Absurditäten, die unsere Obrigkeiten in den letzten Wochen fabriziert haben:

- Die NATO wurde gegründet zur Verteidigung ihrer Mitgliedsländer – Wer hat Afghanistan angegriffen?
- Deutschland bewaffnet Pakistan; U-Boote, LKW, Kommunikationsanlagen – weder Menschenrechte noch EU-Grundsätze gelten.
- Das Land Brandenburg eignete sich widerrechtlich und sittenwidrig Bodenreformland an.

- Thyssen-Krupp entlässt in Ludwigsfelde und Brackwede insgesamt 286 Mitarbeiter.
- Ablehnende Haltung der märkischen SPD zum Sozialticket
- Herr Majjol Rihanian (Iran) ist Tierarzt und lebt als Migrant in Deutschland. Er sitzt seit sieben Jahren in einem Flüchtlingswohnheim und darf nicht arbeiten.
- Rund 211.000 Menschen waren in Deutschland 2007 ohne Krankenversicherung.

**Fortsetzung folgt! Leider.**

*Christa Zernick, Am Mellensee*

## Im Zeichen der Kommunalwahlen - **1. Mai 2008** **18. Familienfest DIE LINKE Teltow-Fläming** *Boulevard Luckenwalde*

14.00 Uhr Eröffnung durch MdL Kornelia Wehlan, Vorsitzende des Kreisverbandes DIE LINKE TF  
 Zwischen 14.00 und 19.00 Uhr bei beliebiger Live-Musik mit der Gruppe „Phönix“  
 und dem Luckenwalder Blasorchester, dem LCC, der Hundeschule Wittrowski und  
 neuen Überraschungen für Auge und Ohr sowie der beliebten Tombola



- Kaffee und Kuchen
- Antiquariat: Bücher, Schallplatten, CD
- Abgeordnetenzentrum mit dem Jugendmobil der Landtagsfraktion DIE LINKE.
- Minibücher
- Info-Stände von Vereinen, Verbänden und Gewerkschaften

Für unsere kleinen Gäste:

- Happy Bouncer Spieleshow aus Potsdam

Für das leibliche Wohl sorgt das Team der Gaststätte „Eckbusch“

## Termine

**07.03.08 15.30 Uhr**  
 Jahresauftaktfeier  
 Geschäftsstelle Luckenwalde

**08.03.08 15.30 Uhr**  
 Internationaler Frauentag  
 Aktion und Feier  
 Geschäftsstelle Jüterbog

**09.03.08 15.00 Uhr**  
 Hans Modrow  
 im „Bücherstall“,  
 Waldstraße Wünsdorf

**11.03.08 18.30 Uhr**  
 Koordinierungsrat  
 Geschäftsstelle  
 Ludwigsfelde

**13.03.08 14.00 - 17.00 Uhr**  
 Bürgersprechstunde mit  
 Kornelia Wehlan MdL  
 Wahlkreisbüro Luckenwalde

**17.03.08 18.00 Uhr**  
 Bildungsabend Thema: „DIE  
 LINKE und der öffentlich geför-  
 derte Beschäftigungssektor in  
 Brandenburg“  
 Geschäftsstelle Luckenwalde

**19.03.08 10.00 Uhr**  
 AG Senioren  
 Geschäftsstelle Ludwigsfelde

**19.03.08 15.00 Uhr**  
 Redaktionssitzung  
 Luckenwalde

**28.03.08 16.00 Uhr**  
 Gesamtmitgliederversammlung  
 Luckenwalde im „Eckbusch“

**31.03.08 19.00 Uhr**  
 Kreisvorstand  
 Geschäftsstelle Luckenwalde

**31.03.08 17.00 Uhr**  
 Sprecherrat  
 Alte Aula Blankenfelde

**03.04.08 ab 14.30 Uhr**  
 - Beratung Seniorenkommission  
 - Roter Stammtisch  
 - Beratung Regionalvorstand  
 Geschäftsstelle Jüterbog

Wir gratulieren den Luckenwalder Ring-  
 gern herzlich zum Vizemeistertitel. Im  
 nächsten Jahr gelingt das Meister-Vor-  
 haben bestimmt.

*Kreisverband Teltow-Fläming*



## IMPRESSUM

**Herausgeber: DIE LINKE.** Kreisverband Teltow-Fläming

V.i.S.d.P.: Petra Haase

**Geschäftsstellen:**

**14943 Luckenwalde,** Zinnaer Str. 36 Tel.: 0 33 71/63 22 67 Fax: 63 69 36

Internet: [www.dielinke-teltow-flaeming.de](http://www.dielinke-teltow-flaeming.de)

E-Mail: [info@dielinke-teltow-flaeming.de](mailto:info@dielinke-teltow-flaeming.de)

**14913 Jüterbog,** Große Str. 62 Tel.: 0 33 72/43 26 91 Fax: 44 30 33

E-Mail: [dielinke.jueterbog@t-online.de](mailto:dielinke.jueterbog@t-online.de)

**14974 Ludwigsfelde,** A.-Tanneur - Str. 17 Tel.: 0 33 78/51 06 53 o. 51 06 54

E-Mail: [ludwigsfelde@dielinke-brandenburg.de](mailto:ludwigsfelde@dielinke-brandenburg.de)

**Spendenkonto:** 363 302 7415 BLZ: 160 500 00 bei der Mittelbrandenb. Sparkasse

**Redaktionsschluss:** 13. Februar 2008, der nächsten Ausgabe: 19. März 2008

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausge-  
 bers übereinstimmen. Leserbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.